

**Nunkirchen.** Der Ortsrat

## Niederschrift 03/2006

### Öffentliche Sitzung des Orsrates des Stadtteils Nunkirchen

**Datum:** Donnerstag, 7. Juli 2006

**Beginn:** 19.00 Uhr

**Ende:** 22.40 Uhr

**Ort:** Saalbau Nunkirchen

**Anwesend:**

Ortsvorsteher Jochen Kuttler

*Die Mitglieder des Orsrates:*

Pia Dillschneider

Martina Karl

Markus Landry

Thomas Landry

Arno Dühr

Josef Moos (bis Top 4)

Werner Lauer

Harald Kunze

*Die Mitglieder des Stadtrates:*

Frank Hiry

Holger Lauk

Gerd Schillo

Bernd Theobald

*Gäste:*

Edgar Mohsman, Mark Kieser, Stefan Jenewein (Ingenieurbüro Paulus und Partner) zu Top 1 und 2

Dietmar Leidinger (Stadtverwaltung) zu Top 1

*entschuldigt fehlten:*

Anke Rehlinger

Günther Weyand

## Verhandelt, Nunkirchen, den 7. Juli 2006

Ortsvorsteher Jochen Kuttler eröffnet die Sitzung des Ortsrates Nunkirchen. Er stellt fest, dass mit Schreiben vom 28. Juni 2006 ordnungsgemäß zur Sitzung des Ortsrates eingeladen wurde und dass die Einladung entsprechend den Bestimmungen des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes des Saarlandes in den Ausgaben des Amtlichen Bekanntmachungsblattes Nr. 26/2006 bzw. Nr. 27/2006 und im Internet seit 28. Juni veröffentlicht war. Er konstatiert die Beschlussfähigkeit des Ortsrates. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Ortsvorsteher Jochen Kuttler den Ortsrat darüber, dass der Punkt 6) der Tagesordnung gestrichen werden soll, weil es keine Anträge auf Kauf von Grundstücken im Neubaugebiet Newer III gibt. Er bittet allerdings um die Aufnahme zweier weiterer Tagesordnungspunkte: 1a) Beratung bzgl. der Öffnung des Parkplatzes hinter dem Saalbau und 6) Verkauf eines Gewerbegrundstücks. Der Ortsrat ist mit der Streichung des Punkt 6) und er Neuaufnahme der beiden Punkte einverstanden.

Der Ortsratssitzung war ein Ortstermin zu Top 2 in der Straße "Im Franzenkreuz" gegenüber des Anwesens Landry vorausgegangen.

### **Tagesordnungspunkte**

#### **I. Öffentliche Sitzung**

1. Bauleitplanaufstellungsverfahren Golfpark Weiherhof. Frühzeitige Bürgerbeteiligung zur geplanten Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans "Golfplatz Nunkirchen".
- 1a) Beratung bzgl. der Öffnung des Parkplatzes hinter dem Saalbau
2. Beratung über eine Verkehrsinsel im Neubaugebiet Newer II
3. Beratung über das Anbringen von Gedenktafeln mit namentlicher Nennung für die Opfer des 2. Weltkrieges auf dem Friedhof Nunkirchen.
4. Informationen des Ortsvorstehers
5. Fragestunde der Bürgerinnen und Bürger

#### **II. Nichtöffentliche Sitzung**

6. Verkauf eines Gewerbegrundstücks

## I. Öffentliche Sitzung

### Tagesordnungspunkt 1

#### **Bauleitplanaufstellungsverfahren Golfpark Weiherhof. Frühzeitige Bürgerbeteiligung zur geplanten Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans "Golfplatz Nunkirchen".**

Edgar Mohsmann vom Ingenieurbüro Paulus und Partner erläutert die Grundziele des neuen Bebauungsplans, der eine Erweiterung der Anlage von 9 auf 18 Loch zum Ziel hat. Dieser enthält im Wesentlichen nur die Ausweisung einer Sondernutzungsfläche Golf und einer Sondernutzungsfläche Lagerung. Letztere befindet sich nördlich des Spurplattenweges, so dass hiermit eine Überspielung des Weges auch in Zukunft ausgeschlossen wird. Der Spazierweg bleibt somit für jedermann zugänglich. Insgesamt werden zirka 54 Hektar neu überplant, 26 Hektar umfasst das bestehende Areal. Der neue Bebauungsplan weist zwar die vorgesehenen Spielbahnen aus, diese sind aber erst mit einem Bauantrag verbindlich festzulegen.

Jochen Kuttler erinnert daran, dass unter anderem die Frage der Entfernung der Spielbahn in der Nähe des Kandlerwegs bei den Anwohnern lebhaft Diskussion ausgelöst hat. Er bittet den Besitzer des Golfparks, Herr Wingens, nachdrücklich die Zusage zu machen, diese Bahn mindestens 270 Meter entfernt vom nächsten Wohngrundstück zu belassen. Herr Wingens stimmt zu, dies vertraglich festzusetzen. Ferner bittet der Ortsvorsteher durch bauliche Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass kein Spaziergänger auf dem Spurplattenweg gegenüber der Sondernutzungsfläche Lagerung durch umher fliegende Golfbälle zu Schaden kommen kann. Auch das wird zugesichert.

Ernst Dewald sorgt sich um die Bejagbarkeit der Fläche, die von den Jägern zwar bezahlt werden muss, die aber praktisch nicht von Ihnen genutzt werden kann. Der Ortsvorsteher regt an, dass diese Frage in einer Versammlung der Jagdgenossenschaft geklärt wird. Ernst Dewald erinnert ferner daran, dass im Bebauungsplan, der am 21. Februar 1991 Rechtskraft erlangte die Rede davon war, 7000 Obstbäume und eine Hecke anzupflanzen, was nie realisiert worden ist.

Der Ortsvorsteher kommt auf die Frage von Josef Moos in der letzten Ortsratssitzung bzgl. des Anpflanzens von (Zitat aus der Ortsratssitzung vom 17. Oktober 1989) "insgesamt 7000 Obstbäumen und einer fünf Kilometer langen Vogelschutzhecke" im Bereich des Golfplatzes zurück. Jochen Kuttler hat inzwischen, mit Hilfe der Verwaltung in Wadern herausgefunden, dass diese Vorgaben, die ja lange vor seiner Amtszeit lagen, sehr wohl ihren Niederschlag im Bebauungsplan gefunden hatten, aber nie Gegenstand einer Baugenehmigung waren. Nun kann man, so der Ortsvorsteher, diesen Missstand durchaus der Unteren Bauaufsichtsbehörde ankreiden, die untätig geblieben ist. Allerdings muss man sich auch die Frage stellen, warum niemand aus den Gremien im Ort oder auch aus denen der Stadt damals das Nicht-Einhalten der geforderten Bepflanzung moniert hat. Es stimmt dann doch merkwürdig, wenn eben die gleichen Kräfte, die damals hätten eingreifen können, heute den Ist-Zustand monieren, so Jochen Kuttler.

Frank Hiry stellt fest, dass der neue Bebauungsplan den alten Bebauungsplan ersetzt und damit auch die früheren Regelungen hinfällig werden, die ohnehin nur 15 Jahre lang einzufordern gewesen waren. Er will wissen, welche eventuellen Ausgleichsmaßnahmen im neuen Bebauungsplan vorgesehen sind. Stefan Jenewein vom Ingenieurbüro Paulus

und Partner erläutert, dass die noch näher zu bestimmenden Ausgleichsmaßnahmen aus der Natur der Sache heraus auf dem Gelände des Golfplatzes realisiert werden sollen. Nur wenn diese Flächen nicht ausreichen sollten, werden die Ausgleichsflächen an anderer Stelle etabliert.

Edgar Mohsmann erläutert, dass die Straße im Bereich des Anwesens Rosport leicht umgelegt werden soll, um die Verkehrssituation unter Sicherheitsaspekten dort zu entschärfen. Georg Lauer spricht die Thematik der Zuwegung zu einzelnen Grundstücken an, die sich auf der Fläche der Golfplatzes befinden. Laut Aussage des Ingenieurbüros Paulus und Partner muss und wird selbstverständlich ein Zugang zu diesen Grundstücken möglich sein. Andere Wege auf dem Gelände werden allerdings in Zukunft nicht mehr öffentlich zur Verfügung stehen, so Edgar Mohsmann.

Georg Lauer regt an, dass ein ohnehin in der Überplanung ausgewiesener Weg in einer Verlängerung auf der bestehenden Straße am Feuerwehrweiher als Zufahrt zum Golfgelände genutzt werden sollte, um die Anwohner der Straßen im Ort, die eine mit der Erweiterung des Golfplatzes einhergehende erhebliche Erhöhung des Verkehrsaufkommens befürchten, zu entlasten. Edgar Mohsmann, der die Steigerung der PKW-Zahl für die Zukunft eher als gering einschätzt, gibt zu bedenken, dass eine wie von Georg Lauer avisierte Zuwegung ungefähr mit 200000 Euro zu Buche schlagen würde, außerdem die Erschließung nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens ist. Jochen Kuttler erinnert daran, dass die Zufahrt durch die Weiher erhebliche Probleme schafft, zumal noch immer keine Bodenschwellen, von denen mindestens drei notwendig wären, und auch keine Lampe in der Höhe des Hauses Thormeyer angebracht sind. Auch er weiß, so der Ortsvorsteher, dass im Haushalt der Stadt dafür keine Finanzierungsstelle vorgesehen ist, aber wenn man eine attraktivitätssteigernde Maßnahme für die ganze Stadt will, muss man auch den Anwohnern in einem Mindestmaß entgegenkommen.

Der Naturschutzbeauftragte des Ortes, Markus Landry, bittet das Ingenieurbüro dem Ortsrat möglichst zeitnah die naturschutzrechtlichen Festlegungen zur Verfügung zu stellen, was Stefan Jenewein zusichert. Frank Hiry erinnert daran, dass bestehende Gebäude laut Beschluss des Ortsrates in der Flächennutzungsplandiskussion nur in den Grenzen der jetzigen Gebäude verändert werden dürfen, was auch Niederschlag im Bebauungsplan finden muss. Er führt weiterhin aus, dass die im neuen Bebauungsplan ausgewiesene Fläche weitaus größer ist, als für die aktuelle Planung der 18-Loch-Anlage erforderlich. Dies ermöglicht einen weiteren Ausbau der Golfanlage in zukünftigen Jahren, was wiederum nochmals mehr Verkehr mit sich bringen würde. Auch aus diesem Grund ist eine alternative Zufahrtsmöglichkeit zwingend anzustreben.

Bernd Theobald stellt die Frage, welche Auswirkungen die Planungen auf die Wassermenge vor Ort haben werden, da immerhin mit einem täglichen Verbrauch von rund 3000 Kubikmetern zu rechnen ist, woraufhin Edgar Mohsmann klarstellt, dass der wasserrechtliche Genehmigungsantrag gerade mal 40000 Kubikmeter pro Jahr umfasst. Innerhalb der Beregnungswochen sollen an zwei Tagen pro Woche jeweils 1000 Kubikmeter entnommen werden. Bernd Theobald will wissen, wie die Abwasserfrage gelöst wird. Stefan Jenewein stellt klar, dass nach einem bereits erstellten Gutachten lediglich eine Absenkung des Grundwasserspiegels von 0,1 Metern zu erwarten ist und somit keine Gefahr, sowohl für die Brunnen, die von den Anwohnern dort betrieben werden als auch für den Wasserspiegel des Nunkircher Weiherbachs besteht. Man erwartet hier sehr bald die wasserrechtliche Genehmigung. Was die Abwassersituation angeht, erklärt Edgar Mohsmann, dass der Golfpark sehr bald über eine biologische

Kläranlage verfügen wird, die vorbildlich sein wird.

Markus Landry spricht die Bodenversiegelung an, die durchaus zu ernststen Umweltproblemen führen kann, woraufhin Stefan Jenewein ausführt, dass die Bewirtschaftung als Golffläche wesentlich weniger Versiegelung bringt, als das bei der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung der Fall war. Ferner will Markus Landry wissen, wie es sich mit der Ausbringung von Düngemitteln und Pestiziden verhält. Edgar Mohsmann wendet hier ein, dass ja lediglich die Greens intensiv gedüngt werden, die übrigen Flächen aber praktisch naturbelassen bleiben. Insofern ist mit keiner wesentlichen Verschlechterung der Situation gegenüber der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung zu rechnen.

Frank Hiry will wissen, in welcher Rechtsform der Golfpark Weiherhof betrieben wird. Herr Wingens führt aus, dass es sich um eine Betreibergesellschaft mbH für den Golfpark handelt, er selbst als Privatmann aber Eigentümer der Flächen ist.

Dietmar Leidinger erläutert das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Golfpark.

- a) Beschlüsse zur Billigung des Bebauungsplanentwurfes, zur öffentlichen Auslegung und parallelen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durch den Stadtrat der Stadt Wadern
- b) Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung
- c) Abwägung der Belange durch Stadtrat der Stadt Wadern
- d) Satzungsbeschluss durch den Stadtrat

Der Ortsrat nimmt den Bebauungsplanentwurf zur Kenntnis, sieht aber grundlegende Fragen, die unbedingt durch die entsprechenden Gremien aufzugreifen und zu klären sind:

- a) die Frage einer neuen Zufahrt für den Golfpark, die den Anwohnern für die aktuelle Situation und vor allen Dingen für ein erwartetes Mehr an Verkehr absolute Entlastung bringen würde.
- b) die Frage der aktuellen Zufahrtsituation, die zumindest durch das Anbringen von drei Bodenschwellen und einer Straßenlaterne im Bereich des Hauses Thormeyer kurzfristig für ein mehr an Sicherheit in einer von vielen Kinder frequentierten und bewohnten Straße bringen würde.
- c) Die vertragliche Absicherung, dass die Spielbahn zum Kandlerweg mindestens 300 Meter von Wohngrundstücken entfernt sein muss und auch in Zukunft keine Bahn in diesem Gebiet näher als 300 Meter an Wohngrundstücke heranreicht.
- d) Die genaue Absicherung der Brunnen und Wasserversorgungssituation der Anwohner rund um den Golfpark und die Frage der intensiven Düngung des Gebietes, die ebenfalls Auswirkungen auf die Wasser- und Lebensqualität der Anwohner haben könnte. Beides muss reguliert und kontrolliert werden.
- e) die Absicherung, dass die bestehenden Gebäude nur in ihren aktuellen Grenzen verändert werden dürfen, insbesondere um eine Neubebauung und einer Veränderung der Gebäudestrukturen zu vermeiden.

## **Tagesordnungspunkt 1a**

### **Beratung bzgl. der Öffnung des Parkplatzes hinter dem Saalbau**

Edgar Mohsmann vom Ingenieurbüro Paulus und Partner stellt die Maßnahme, die bereits am 8. Juli zusammen mit dem Oberdorf ausgeschrieben wird, vor. Hierbei soll der fußläufige Weg verbreitert werden und in die Straße "Im Selling" einmünden. Damit werden auch die Parkplätze, die bisher nur vom "Selling" her zugänglich waren, erhalten.

Die Kostenermittlung hierfür ergab eine Summe von etwa 17000 Euro, die sich aber, weil das Projekt in der Gesamtplanung Oberdorf realisiert werden soll, noch verringern könnte.

Josef Moos schlägt einen direkten Stich im rechten Winkel vor, der Wegstrecke sparen würde und somit billiger käme. Edgar Mohsmann gibt dabei den komplizierten Fahrweg zu bedenken, ferner die Tatsache, dass mit einer solchen Planung Parkplätze verloren gingen.

Harald Kunze schlägt für die CDU vor, die vorgelegte Planung zu akzeptieren und die Ausschreibung abzuwarten, während Josef Moos anmerkt, dass es dann abzuwarten gilt, ob die aktuelle Mehrheit auch einen Weg findet, die Mehrkosten für die vorgesehene Planung aufzubringen. Jochen Kuttler erinnert daran, dass, wenn man schon beim Aufrechnen ist, es wohl kaum der aktuellen Mehrheit, weder im Ort noch in der Stadt, anlastet werden kann, dass der Parkplatz hinter dem Saalbau nicht vom "Selling" aus zugänglich ist. Diese handwerklichen Fehler seien vor etlichen Jahren gemacht worden. Damals hat unbestreitbar die SPD die Mehrheit im Ortsrat gehabt. Heute müssen andere versuchen, diesen Fehler zu korrigieren.

Der Ortsrat beschließt, den vorgelegten Plan des Ingenieurbüros anzunehmen. Der Stichweg soll mit zwei Pollern gesichert werden, die nur bei Veranstaltungen auf dem Kirchenvorplatz entfernt werden sollen, ferner für die Winterzeit, wie Werner Lauer vorschlägt, ab dem 1. November, um so Kirchgängern einen erleichterten Zugang zum Parkplatz zu verschaffen.

*Abstimmung für den vorgelegten Plan:*

*9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen*

## **Tagesordnungspunkt 2**

### **Beratung über eine Verkehrsinsel im Neubaugebiet Newer II**

Herr Kopper, ein Anwohner der Straße "Im Franzenkreuz" hat sich in einem Brief an die Verwaltung gegen die Größe der Verkehrsinsel vor dem Anwesen Landry in der Straße "Im Franzenkreuz" gewandt. Sie ist, so Zitat Herr Kopper, "nur mit großer Mühe im Sommer und bei gutem Wetter zu umfahren, im Winter aber wird sie zu einer Verkehrsgefahr. Bei glatter Straße rutschen wir auf die Insel zu. Bei stärkerem Schnee ist die Insel überhaupt nicht zu sehen, da die Straße fast nie geräumt wird. Aus dem Plan von der Straßenführung war nicht ersichtlich, was auf uns zukommt. Die Beschwerden bei der Stadt haben bisher nichts gebracht, es wird einfach behauptet, dass die Insel den Vorschriften entspricht."

Ortsvorsteher Jochen Kuttler führt aus, dass es zu dieser Frage zwei Ortstermine gegeben hat. Einen im Februar, als der Ortsvorsteher sich in Urlaub befand, und im Übrigen auch niemand aus dem Ort geladen war, und einen zweiten Termin mit dem Bauamtsleiter, der Leiter der Ortspolizeibehörde und Herrn Kopper im Mai, bei dem der Ortsvorsteher anwesend war. Jochen Kuttler hat die Verwaltung schriftlich auf die Diskussion hingewiesen, mit der Bitte, hier Stellung zu nehmen. Dass der erste Ortstermin ohne Herrn Kopper stattfand, kann der Ortsvorsteher nicht nachvollziehen, er hat dann auf nochmaliges Drängen von Herrn Kopper die Verwaltung erneut angesprochen. Nachdem die Stadtverwaltung in zwei Ortsterminen den Bau der Verkehrsinsel gerechtfertigt sieht, beim ersten Ortstermin auch ein Vertreter der Polizeiinspektion Wadern den Bau der Insel für korrekt hält, sieht der Ortsvorsteher keinen Anlass weder an der Kompetenz der beiden Abteilungen der Verwaltungen noch an der des Beamten der Polizeiinspektion Wadern zu zweifeln, auch wenn ihm die Insel anfangs auch etwas groß bemessen vorkam. Ferner haben Rücksprachen mit anderen Anwohner ergeben, dass der Verkehr durch die

Maßnahme in der Tat enorm langsamer durch das Wohngebiet fließt.

Im Alltag hat die Insel im letzten Monat bisher auch keinerlei Beanstandungen gebracht, jedenfalls ist dem Ortsvorsteher davon nichts bekannt geworden. Für einen verkehrsberuhigten Ausbau sind die Inseln typisch, wie ein Blick auf vergleichbare Maßnahme zeigt. Ferner erinnert der Ortsvorsteher daran, dass das Projekt Endausbau Newer II den Bürgerinnen und Bürgern ganz bewusst in zwei Sitzungen vorgestellt wurde. Zum einen in einer Bürgerversammlung und zum anderen in einer Ortsratssitzung. Außerdem war der Plan über Wochen hinweg im Internet für jeden einsehbar gewesen. Jeder, der das wollte, hatte also Gelegenheit gehabt, Stellung zu beziehen.

Die Verwaltung hat zur Problematik zwischenzeitlich auch Stellung genommen und kommt zu dem Schluss, Zitat: "Eine erhebliche Behinderung des Straßenverkehrs findet nicht statt. Die Verkehrssicherheit ist gewährleistet. Die Fahrstreifenbreite von mindestens 2,75 Metern ist zwischen Bordstein/Randbefestigung und Insel überall eingehalten." Zu den weiteren Vorwürfen von Herrn Kopper nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung: "Während der Bauphase wurde die Insel mit Leitbaken gesichert und war somit jederzeit zu erkennen. Diese werden durch Verkehrszeichen mit Leitbake, wie von der Ortspolizeibehörde angeordnet, ersetzt. Des Weiteren findet eine Begrünung der Inseln statt, so dass alle Inseln ausreichend kenntlich gemacht sind. Da wie zuvor erwähnt, die Inseln bepflanzt sind, muss die Insel so konzipiert sein, dass sie einerseits den Belangen zur Verkehrssicherheit Rechnung trägt, andererseits ausreichend Platz für eine Begrünung und der damit verbundenen Pflanztiefe und -breite vorhanden ist. Die Insel trägt allen Anforderungen Rechnung und wird gemäß der Ausführung beibehalten." Allgemein merkt die Verwaltung an: "Der Endausbau Newer erfolgt als verkehrsberuhigter Ausbau eines Wohngebietes. Vorrangiges Ziel einer Verkehrsberuhigung in Wohngebieten ist es, durch das Zusammenwirken straßenverkehrswirtschaftlicher, planerischer und baulicher Maßnahmen, die Fahrgeschwindigkeit zu reduzieren bzw. anzupassen und damit die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Der Straßenraum ist niveaugleich ausgebaut und unterscheidet sich durch die besondere Gestaltung von einer konventionellen Straße. Dem Kraftfahrer wird auf Grund der gestalterischen Form die gewünschte Geschwindigkeit verdeutlicht. Der Fahrzeugverkehr muss gemäß angeordnetem Verkehrszeichen Nr. 325 "Verkehrsberuhigter Bereich" Schrittgeschwindigkeit einhalten. Des Weiteren ermöglicht der Straßenraum die Verständigung mit Sichtkontakt zwischen dem motorisierten und dem nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer (...). Nach Auffassung der Bauabteilung ist eine ausreichende Verkehrssicherheit auf Grund der zuvor genannten Punkte gewährleistet. Dies wurde von OPB und der PI Wadern bei einer örtlichen Begehung bestätigt."

Zwischenzeitlich wurden, so der Ortsvorsteher, das Schild, das einen verkehrsberuhigten Bereich ausweisen, angebracht. Folglich gilt auf Newer II und III Schrittgeschwindigkeit. Außerdem weist er daraufhin, dass auch beim beauftragten Müllabfuhrunternehmen eine Auskunft eingeholt wurde, um herauszufinden, ob sich das Unternehmen angesichts der neuen Situation mit Problem konfrontiert sieht. Das ist indes nicht der Fall. Außerdem wird der Ortsvorsteher veranlassen, dass der Winterdienst die beiden Straßenhälften in Zukunft gleichberechtigt räumen wird.

Markus Landry stellt fest, dass die Insel für eine mäßigere Geschwindigkeit sorgt, was gerade den dort wohnenden Kindern und Jugendlichen zu mehr Sicherheit verhilft. Gleicher Meinung sind auch viele andere Anwohner. Markus Landry und Harald Kunze führen aus, dass der Plan mehrmals öffentlich behandelt worden ist, insofern jeder die

Chance gehabt hat, seine Ansprüche geltend zu machen. Ein verkehrsberuhigter Ausbau bedeutet eben, gewisse „Schikanen“ in Kauf zu nehmen. Eine Minderung der Geschwindigkeit ist ja gerade das Ziel des Ausbaus.

Pia Dillschneider stellt die Fragen nach den Kosten eines eventuellen Rückbaus der Insel, die Edgar Mohsmann vom Ingenieurbüro Paulus und Partner auf zwischen 3000 und 4000 Euro beziffert. Außerdem warnt Pia Dillschneider davor, überhaupt an irgendeiner Verkehrsinsel zu rütteln, weil, und das zeigt die Diskussion, im Handumdrehen auch andere Verkehrsinseln zur Disposition gestellt werden würden. Und das kann nicht im Sinne eines verkehrsberuhigten Ausbaus sein.

Herr Kopper merkt an, dass keinerlei Kosten entstanden wären, wäre das Thema rechtzeitig behandelt worden. Bereits im Dezember 2005 sei auf die Problematik hingewiesen worden. Auch Josef Moos findet, dass die Kostenfrage sehr wohl eine Rolle spielt und bemängelt die späte Reaktion des Ortsvorstehers auf die Anfrage des Anwohners. Er erklärt für die SPD, dass die Gefahren, die von der Insel ausgehen, größer sind, als deren Nutzen.

Jochen Kuttler widerspricht dem. Zum einen ist die Planung hinlänglich bekannt gewesen, zum anderen gibt es durchaus Anwohner, die die Verkehrsinsel wollten und heute noch wollen. Außerdem muss man die Vorgänge trennen. Zum einen die Kostenfrage für einen Rückbau der Insel, zum anderen die Frage, ob der aktuelle Ausbau nicht exakt dem Grundgedanken der Planung folgt, nämlich eine Verkehrsberuhigung zu erreichen. Zum anderen stellt sich, so Jochen Kuttler, schon die Frage, wer eigentlich die Straßenführung des Neubaugebietes geplant hat und, wie Markus Landry anmerkt, wer dafür verantwortlich ist, dass kein Wendehammer am Haus Kopper vorhanden ist. Die Ortsratsmehrheit seit 2004 jedenfalls nicht. Thomas Landry beantragt Abstimmung.

Der Ortsrat beschließt, dass die Verkehrsinsel bleibt.

*Abstimmung: 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen*

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Beratung über das Anbringen von Gedenktafeln mit namentlicher Nennung für die Opfer des 2. Weltkrieges auf dem Friedhof Nunkirchen.**

Jochen Kuttler erläutert, dass sich Herbert Theobald und Ernst Dewald sein langem in privater Initiative dafür engagieren, den Gefallenen und Vermissten des Zweiten Weltkrieges aus unserem Ort namentlich auf dem Friedhof Nunkirchen zu gedenken. Bisher wird dort lediglich an die Opfer des 1. Weltkrieges durch Gedenktafeln, die das frühere Kriegerdenkmal zierten, namentlich erinnert. Sowohl von kirchlicher Seite als auch Seite des Ortsvorsteher wird die Idee nachhaltig unterstützt.

Herbert Theobald stellt das Projekt ausführlich vor. Er erinnert daran, dass in der Kirche nur die Namen der Gefallen und Vermissten des 1. Weltkrieges aufgeführt sind. Er schlägt vor, den 134 Gefallen und Vermissten mittels Gedenktafeln im Bereich der Einsegnungshalle zu gedenken. Dafür soll das Metallkreuz, das bisher die linke Seite der Halle ziert leicht seitlich versetzt werden. Die Gedenktafeln für die Opfer des Ersten Weltkrieges bleiben von der Maßnahme unberührt.

Herbert Theobald moniert, dass in dieser Sache in den letzten 60 Jahren rein gar nichts geschehen ist, worauf Josef Moos, der die Initiative für die SPD grundlegend begrüßt,



entgegnet, dass es heute auch bedeutend einfacher ist, ein solches Unterfangen zu realisieren, weil die Betroffenheit der Menschen geringer ist. Dem widerspricht Herbert Theobald. Für ihn wäre eine solche Geste vor 20 Jahren wesentlich angebrachter gewesen, weil die Zahl der Menschen, die vom Tod der Soldaten des Zweiten Weltkrieges direkt betroffen gewesen sind, damals noch viel größer war. Im Übrigen hätten die Angehörigen schon Anfang der 1950er Jahre Geld gesammelt, das in einer Kriegergedächtniskappelle investiert worden ist, die später zur Einsegnungshalle umgebaut wurde. Namentliche Gedenktafeln, wie in vielen anderen Orten gang und gäbe, gab es in Nunkirchen indes nie.

Werner Lauer führt aus, dass es der VDK war, der die Kriegergedächtniskappelle finanziert hat. Jochen Kuttler erinnert daran, dass noch vor einem Jahr in einer Ortsratsitzung, als er seine Unterstützung für das Projekt ankündigte, von seiten der SPD die Rede davon war, das man "dieses Fass nicht aufmachen sollte". Die Angst jemanden zu vergessen, schien im Vordergrund zu stehen. Heute gilt es, den Mut zu haben zu handeln, weil die Generation der Angehörigen nun auch schon weit über 70 Jahre alt ist.

Gerd Schillo hat schon ein Namen ausgemacht, der auf der Liste fehlt. Er will wissen, wie die Kriterien für die Aufnahme auf die Tafeln gesetzt sind. Herbert Theobald merkt an, dass es nur um die Gefallenen und Vermissten gehen kann, die seinerzeit in Nunkirchen lebten. Er schlägt vor, entweder über Meldelisten zu agieren oder die Kriterien anzusetzen, die Fritz Glutting in seinem Heimatbuch propagiert hat. Jochen Kuttler ergänzt, dass man sich wohl auf objektive Kriterien einigen muss, darüber aber aufgrund der schwierigen Sachlage noch Diskussionsbedarf besteht.

Herbert Theobald regt an, dass die Namensliste der Gefallenen und Vermissten mindestens drei Mal im Amtlichen Bekanntmachungsblatt veröffentlicht wird, außerdem in Internet, um sicher zu gehen, dass die Daten, Schreibweisen etc. stimmen. Herbert Theobald beziffert die Kosten des Projekts auf etwas 8000 bis 10000 Euro, die aus privaten Spenden finanziert werden sollen. Frank Hiry schlägt vor, dass sich der Ortsrat hier aus seinem Budget beteiligen sollte. Jochen Kuttler schlägt als Betrag 500 Euro vor.

Der Ortsrat beschließt, dem Projekt zuzustimmen. Ferner werden 500 Euro für die Maßnahme aus dem Ortsratsbudget zur Verfügung gestellt.

*Abstimmung: 9 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen, 0 Nein-Stimmen*

## **Tagesordnungspunkt 4**

### **Informationen des Ortsvorstehers**

#### **a) Stand Deckensanierungen**

Jochen Kuttler führt aus, dass die Deckensanierung der Weiskircher Straße zum 30. Juli abgeschlossen sein soll. Damit wurden in Nunkirchen innerhalb von neun Monaten alle vier Hauptstraßen grundlegend saniert.

#### **b) Parkverbot "Im Waldring"**

Laut Ortspolizeibehörde sind die Schilder bereits bestellt. Der Ortsvorsteher weist darauf hin, dass sie offenbar einer Anbringung harren. Er führt ferner aus, dass er nur ganz selten eine Rückmeldung vom Bauhof bzgl. so genannten Regieanweisungen erhält. Um Transparenz zu schaffen, denkt er darüber nach, die Anweisungen in Kurzform im Amtlichen Bekanntmachungsblatt samt Datum der Einsendung zu veröffentlichen. Damit wüsste zumindest jeder, wo seine Anfrage geblieben ist.

#### **c) Toilettenanlagen in der Grundschule**

Jochen Kuttler hat gegenüber der Bauverwaltung den schier unglaublichen Zustand der

Decken der Toilettenanlage in der Grundschule Nunkirchen moniert. Dort fällt der Putz von der Decke und mitunter auch den Kindern auf den Kopf. Die Verwaltung hat zugesichert, dem Problem noch in den Ferien Abhilfe zu schaffen.

#### **d) Stand der Diskussion bzgl. des Streugutsilos in der Saarbrücker Straße**

Herr Dr. Norkauer vom Landesbetrieb für Straßenwesen hat sich für die lange Bearbeitungszeit der Anfrage entschuldigt. Er führt aus, dass der Streik beim LfS die Verzögerung bedingt hat. Eine Untersuchung hat, so Dr. Norkauer, ergeben, dass ein Abriss des Streugutsilos die sinnvollste Alternative darstellt. Dabei soll die Stützmauer erhalten bleiben.

#### **e) Verkehrsgutachten**

Jochen Kuttler befürchtet, dass das Verkehrsgutachten zur Never-Ending-Story werden könnte. Seine turnusmäßige Anfrage hat Herr Holz vom Landesbetrieb für Straßenbau, wie folgt beantwortet: "In Abstimmung mit Bürgermeister Dewald und dem MWA kann eine Info-Veranstaltung aufgrund von Terminschwierigkeiten erst nach den Sommerferien stattfinden. Ich bitte daher noch um ein wenig Geduld."

### **Tagesordnungspunkt 5**

#### **Fragestunde der Bürgerinnen und Bürger**

Gerd Schillo zitiert aus der Niederschrift einer nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Kultur des Stadtrates Wadern, in dem ein Antrag von Siegfried Engel bzgl. der Förderung des Nunkircher Nachmittags an den Ortsrat zurückverwiesen wurde, weil er nach den selbstgesetzten Kriterien nicht förderungsfähig sei. Nun hat Gerd Schillo in der letzte Niederschrift zu Ortsratssitzung lesen müssen: "Ortsvorsteher Jochen Kuttler führt aus, dass Siegfried Engel, um eventuell eine Förderung zu erhalten, nun zum dritten Mal hätte ein Schriftstück einreichen müssen, weil die Kriterien, die der Ausschuss des Rates vorgegeben hat, erneut geändert wurden." Das, so Gerd Schillo ist die Unwahrheit, weil nirgendwo steht, dass ein erneuter Antrag gestellt werden muss. Es ist auch bei der Verwaltung keiner eingegangen, außerdem hat es der Ortsvorsteher zudem versäumt, den Tagesordnungspunkt erneut im Ortsrat zu behandeln. Jochen Kuttler führt dazu aus, dass er leider noch nicht über hellseherische Fähigkeiten verfügt. Da ihm die Niederschrift der Ausschusssitzungen des Stadtrates nicht zugestellt werden, konnte der Punkt logischerweise auch nicht im Ortsrat – sozusagen als Nachwirkung auf die Ausschusssitzung – behandelt werden. Allerdings hat der Ortsvorsteher mit Siegfried Engel gesprochen, der seinen Antrag nach Kenntnis der Merkwürdigkeiten der Förderungskriterien mündlich zurückgezogen hat. Damit war für den Ortsvorsteher die Sache erledigt, zumal die Art der Förderung oder eben der Nichtförderung ohnehin nur Ärger und Unmut verursacht hat. Im Übrigen stellt sich die Frage, was Gerd Schillo denn mit seiner Frage bezweckt, so Jochen Kuttler. Die parteipolitischen Spielchen des SPD-Stadtratsmitglieds sind ihm ebenso bekannt wie er sie entbehrlich findet. Er hat keinerlei Interesse daran, sich darauf einzulassen.

Frank Hiry, Stadtratsmitglied für ProHochwald erinnert daran, dass er in o.a. Ausschusssitzung das Angebot gemacht hat, sich mit Siegfried Engel in Verbindung zu setzen, was sehr wohl geschehen ist. Das Angebot fand allerdings offensichtlich keinen Niederschlag in der Niederschrift der Ausschusssitzung. Frank Hiry moniert die bodenlose Doppelzüngigkeit der SPD und besonders die von Gerd Schillo in dieser Frage. Weder das Stadtratsmitglied noch seine Fraktion haben in den letzten zwei Jahren in irgendeiner Form – nimmt man nun "Kultur am Tor" oder auch den "Nunkircher Nachmittags" – in dieser Sache berechnete Nunkircher Anliegen vertreten. Ganz im Gegenteil, wenn man die Argumentationskette von Gerd Schillo verfolgt, kann es wohl nur darum gehen,

parteilich mit denen abzurechnen, die eben anders verfahren und den Mut haben, etwas zu bewegen, so Frank Hiry.

Harald Kunze ist der Ansicht, dass die Fragestunde der Bürgerinnen und Bürger nicht von Stadtratsmitgliedern dafür benutzt werden sollte, Themen aus Ausschusssitzungen zu debattieren. Solche Themen gehörten als eigener Tagesordnungspunkt auf die nächste Ortsratssitzung, damit sich die Ortsratsmitglieder entsprechend vorbereiten könnten.